



## **Ein Verrat an der Gerechtigkeit: Kairos Palestine lehnt Trumps Vorschlag zur ethnischen Säuberung ab und ruft zu globalem Handeln auf**

*„Wehe denen, die ungerechte Gesetze erlassen, die unterdrückerische Erlasse erlassen, um die Armen ihrer Rechte zu berauben und den Unterdrückten meines Volkes Gerechtigkeit vorzuenthalten.“ Jesaja 10:1-2*

**Bethlehem, 6. Februar 2025**

Am 4. Februar 2025 trafen sich Präsident Donald Trump und der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu, gegen den ein Haftbefehl des IStGH wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen vorliegt, im Weißen Haus, um die anhaltende Situation in Gaza und im Nahen Osten im Allgemeinen zu besprechen. Während des Treffens schlug Präsident Trump einen Plan vor, nach dem die Vereinigten Staaten die Kontrolle über den Gazastreifen übernehmen und die Palästinenser dauerhaft in Nachbarländer wie Jordanien und Ägypten umgesiedelt werden sollten. Er beschrieb Gaza als „Abrissgelände“ und „Hölle“ und erkannte an und betonte, dass Gaza nicht mehr bewohnbar sei. Dies ist ein öffentliches Eingeständnis des Ausmaßes der israelischen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die in Gaza begangen und von den Vereinigten Staaten von Amerika unterstützt wurden. Präsident Trump bietet jedoch eine neokoloniale Vision an, um die Menschen in Gaza „auszuräumen“, und die Notwendigkeit einer „weltklasse“ Sanierung, um es in die „Riviera des Nahen Ostens“ zu verwandeln.

Dieser abscheuliche Vorschlag für ein Kriegsverbrechen wurde auf breiter Front verurteilt und darf nicht toleriert werden. Palästinensische Führer und verschiedene arabische und nicht-arabische Nationen haben die Idee vollständig abgelehnt und betrachten sie als ethnische Säuberung und eklatante Verletzung des Völkerrechts. Der palästinensische Gesandte bei den Vereinten Nationen betonte das Recht der Palästinenser, in ihrer Heimat zu bleiben, und erklärte: „Wir werden keinen Plan akzeptieren, der darauf abzielt, unser Volk von seinem Land zu entwurzeln.“ Der Ökumenische Rat der Kirchen hat Präsident Trump außerdem aufgefordert, „diesen schändlichen Vorschlag zu überdenken und das Völkerrecht sowie die gleiche Menschenwürde und die gleichen Rechte der Menschen in Gaza zu respektieren“.

Der Zeitpunkt dieses gefährlichen und unverantwortlichen Vorschlags fällt mit einem brüchigen Waffenstillstand zwischen Israel und der Hamas zusammen, der am 19. Januar 2025 begann. Der Waffenstillstand beinhaltet einen Gefangenenaustausch, der noch nicht abgeschlossen ist. Die Befürwortung ethnischer Säuberungen in Gaza durch Präsident Trump wird den Waffenstillstand gefährden und die laufenden Verhandlungen über die zweite Phase des Abkommens behindern. Solche Vorschläge und Handlungen werden Netanjahu und seine faschistische Regierung ermutigen, ihren völkermörderischen Krieg gegen die Zivilbevölkerung in Gaza wieder aufzunehmen und die ohnehin schon fragile Region weiter zu destabilisieren.

Gleichzeitig haben der von Präsident Trump nominierte Botschafter in Israel, Mike Huckabee, und andere Kongressabgeordnete mehrfach erklärt, dass die „Palästinenser“ als Nation und das „Westjordanland“ nicht existieren. Diese Aussagen spiegeln den gefährlichen Versuch einer ethnischen Säuberung des Westjordanlandes wider. Eine solche politische Haltung bestärkt den Expansionswillen Israels. Wir erleben, dass in der Stadt Dschenin und ihrem Flüchtlingslager eine groß angelegte israelische Militäroperation zur Zwangsumsiedlung Tausender Palästinenser geführt hat. Die blutigen Angriffe, die Ende Januar 2025 begannen, haben das Flüchtlingslager Dschenin in

eine „Geisterstadt“ verwandelt, in der die Infrastruktur und viele Häuser stark zerstört wurden. Das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) berichtete, dass die Lebensgrundlagen nicht mehr vorhanden sind und viele Bewohner nun nirgendwo mehr hin zurückkehren können.

Unterdessen verschlechtert sich die Lage im gesamten Westjordanland weiter, insbesondere in Bethlehem, wo strenge Ausgangssperren, Landenteignungen und eskalierende Gewalt durch Siedler das Leben für die palästinensischen Bewohner unerträglich machen. Die jüngste Entscheidung der israelischen Regierung, Häuser im Dorf Al-Nu'man abzureißen und die Bewohner zu vertreiben, wodurch ihre Anwesenheit praktisch ausgelöscht wird, unterstreicht die anhaltende Kampagne der ethnischen Säuberung, die sich gegen palästinensische Gemeinden richtet. Palästinensische Christen, die seit langem ein fester Bestandteil der Identität Bethlehems sind, stehen aufgrund der unerträglichen Bedingungen, die durch die Besetzung auferlegt werden, unter enormem Druck, die Stadt zu verlassen. Kirchen und religiöse Einrichtungen haben diese Maßnahmen verurteilt und davor gewarnt, dass der Geburtsort des Christentums systematisch von seiner einheimischen christlichen Bevölkerung entleert wird.

**Als Kairos Palästina verurteilen und lehnen wir die Pläne von Präsident Trump kategorisch ab, die auf die Zwangsumsiedlung und Auslöschung unserer gesamten Nation hinauslaufen. Wir betrachten diesen neokolonialen Siedlerplan als böse und als „Sünde gegen Gott und die Menschheit“, wie es in Kairos Palästina heißt. Wir machen die Regierung der Vereinigten Staaten und die christlich-zionistischen Lobbys für ihre Rolle bei der ethnischen Säuberung des palästinensischen Volkes und der christlichen Urbevölkerung verantwortlich. Wir fordern ihn, seine Regierung und seine Verbündeten auf, die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes zu respektieren, sein Recht auf Selbstbestimmung zu wahren und alle Bemühungen einzustellen, seine Existenz in seiner Heimat zu untergraben. Jede sogenannte Friedensinitiative, die Gerechtigkeit und Menschenwürde missachtet, ist nichts anderes als eine Verlängerung der Unterdrückung. Wir unterstützen auch den Aufruf des Ökumenischen Rates der Kirchen, „dass sich alle Menschen, die Glauben und guten Willen haben, gegen diese ungeheuerliche Verletzung der Menschenwürde und des Völkerrechts stellen“.**

In unserem Dokument „Kairos Palestine – Moment der Wahrheit“ aus dem Jahr 2009 schrieben wir in Abschnitt 4.2.1:

*„Die Aggression gegen das palästinensische Volk, die die israelische Besatzung darstellt, ist ein Übel, dem Widerstand geleistet werden muss und das beseitigt werden muss. Die Hauptverantwortung dafür liegt bei den Palästinensern selbst, die unter der Besatzung leiden ... Die Verantwortung liegt auch bei der internationalen Gemeinschaft, denn das Völkerrecht regelt heute die Beziehungen zwischen den Völkern.“*

Die internationale Gemeinschaft darf angesichts dieser Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht passiv bleiben. Kirchen, Politiker und globale Führungspersonlichkeiten müssen unbedingt eine klare Position beziehen. Sie müssen Druck auf Israel und Präsident Trump ausüben, damit diese das Waffenstillstandsabkommen einhalten, die israelische Besetzung des Gazastreifens und der gesamten palästinensischen Gebiete beenden und sich zum bedingungslosen Wiederaufbau des Gazastreifens verpflichten. Darüber hinaus müssen die Rechte der Palästinenser auf Selbstbestimmung respektiert werden, und die Vereinigten Staaten sollten sich an das Völkerrecht halten und ihre Drohungen gegen Institutionen wie den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) und den Internationalen Gerichtshof (IGH) einstellen.

**Kairos Palestine**